

Dr. Franz Segbers

Armes reiches Rosenheimer Land

Studientag des Diakonisches Werkes Rosenheim am 18.2.2011

1. These: Der Wirtschaftsaufschwung und die sinkenden Arbeitslosenzahlen sind keine Anzeichen für das Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Beschäftigung in Deutschland erreicht einen neuen Höchststand. Die Arbeitslosenquote sinkt. Der Bundeswirtschaftsminister Brüderle hat einen Aufschwung XXL ausgemacht. Die allenthalben gefeierte Auskunft lautet: Die Wirtschaftskrise ist überwunden, es geht aufwärts.

Auch der Bericht der Bayerischen Staatsregierung „Soziale Lage in Bayern 2010“ verweist auf ausgesprochen guten Zahlen: Bayern gehört zu den Bundesländern in Deutschland mit dem höchsten materiellen Wohlstand, der mittlere Wohlstand liegt über dem deutschen Durchschnitt. Die Reichtumsquote ist höher und das Armutsrisiko geringer als im westdeutschen Durchschnitt. Und bei all diesen Werten liegt Oberbayern noch einmal über den Durchschnitt Bayerns.

Warum dann dieser Kongress über Armut? Warum eine begleitende Kunstaustellung? – Wir sind doch nicht in Berlin – Hellersdorf! Was haben Wohlstand und Armut miteinander zu tun? Oder könnte es sein, dass der Reichtum und Wohlstand in einigen Regionen Deutschlands die Kehrseite der Armut in anderen Regionen ist?

Obwohl die EU 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt hatte, hat sich nicht nur nichts getan, sondern die Lage der Armen hat sich verschlechtert. Es gab fast ausschließlich Rückschläge. Das „Sparpaket 2011–2014“, die „Schuldenbremse“ und die Neuregelung der Hartz IV Regelsätze werden Armut und soziale Ausgrenzung im Lande weiter vertiefen. Das Europäische Jahr war eine bloße Propagandaveranstaltung, die weder das Bewusstsein für Armutsrisiken gestärkt noch die Wahrnehmung ihrer Ursachen und Auswirkungen spürbar geschärft hat.

In die Jubelstimmung über den Aufschwung mischt sich auf einmal das Desaster um Hartz IV, genauer um das verfassungsmäßige Recht hilfebedürftiger Menschen auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Ein Jahr nach dem wichtigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist festzustellen: Die Politik hat nichts getan, dass arme Menschen zu ihrem Recht kommen. Zehn Diakonische Werke haben eine Alternativberechnung von einer renommierten Wissenschaftlerin erstellen lassen. Sie hat errechnet, dass ein Regelsatz mindestens 433 Euro betragen müsse – immerhin 69 Euro mehr als die regierungsamtliche Berechnung.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise verlagert sich jetzt in die Gesellschaft. Die Haushalte der Kommunen, Länder und des Bundes ächzen unter einer ungeheuren Schuldenlast, gerade auch der Landeshaushalt Bayern nach dem Desaster der Hypo Group Alpe Adria. Denn die bayerischen Steuerzahler müssen für Verluste wie der Bayern LB mit circa 3,87 Milliarden einstehen. Viele und immer mehr Kommunen wissen kaum noch wie sie die laufenden Ausgaben decken sollen. Wer über Armut

redet, darf deshalb nicht allein über die private Armut armer Menschen reden, sondern muss auch die sogenannte Öffentliche Armut in den Blick nehmen.

Die Wirtschaftskrise ist keineswegs vorüber. Entscheidend für die Beschäftigungsentwicklung ist nicht die Zahl der Arbeitsplätze, auch nicht die Zahl der Arbeitslosen. Die einzig einigermaßen zutreffende Auskunft bietet das sogenannte Arbeitsvolumen, also die Gesamtzahl der jährlich in einer Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden. Das deutsche Arbeitsvolumen ist im langfristigen Trend ständig zurückgegangen. Allein zwischen 1991 und 2004, dem Jahr zu Beginn des leichten Konjunkturaufschwungs zwischen 2004 und 2007, sank das Arbeitsvolumen um 9.1 %. Die Teilzeitquote verdoppelte sich gleichzeitig in den 14 Jahren zwischen 1991 und 2004 – von 15.7 % auf 31.6 %! Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, prognostiziert, dass die Löhne „tendenziell“ geringer ausfallen würden: „Langfristig wird es sogar mehr Menschen geben, die einen Zusatzjob oder staatliche Zuschüsse brauchen.“ Diese Lohnzuschüsse aus Steuermitteln belaufen sich seit 2005 auf rund 50 Mrd. €. Damit wurden die Einkommen von Niedriglöhnern auf das Niveau von Hartz IV aufgestockt. Wir haben es also mit dem langfristigen Trend zu tun: Das Arbeitsvolumen sinkt, die Zahl der Beschäftigten steigt, das Arbeitsvolumen wird ungleich verteilt und die Zahl der Beschäftigten nimmt zu, die zu einem Lohn arbeiten, der nicht existenzsichernd ist.

Ich möchte vor diesem Hintergrund in vier Schritten über die Armut in einem reichen Land sprechen.

1. Worüber reden wir, wenn wir von Armut reden?
2. Wie kommt es zu Armut in einem reichen Land?
3. Wo ist der Ort der Kirche und der Diakonie?
4. Was ist zu tun?

2. These: In der Definition, was Armut ist, liegt das Problem und die Lösung. Wer Armut als Mangel an Einkommen definiert, der denkt vom Mangel her. Wer Armut als Mangel an Rechten definiert, der fordert mehr Rechte und Selbstbestimmung.

Auf den ersten Blick scheint es, dass es sich bei Armut um eine eindeutige Angelegenheit handelt, die sich aus den Fakten erschließen lasse. Und dennoch ist Armut ein Streitgegenstand. Denn was Armut eigentlich ist, woher sie kommt, wie sie zu beseitigen wäre, ist hoch umstritten. Der Grund liegt darin: In der Definition, was Armut ist, liegt das Problem und die Lösung. Die Definition des Problems bestimmt auch seine Lösung. Ich möchte vier Zugänge zu Armut aufzeigen, die zugleich vier andere Lösungen des Armutsproblems bedeuten.

Erstens: Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hatte 1984 beschlossen, diejenigen Personengruppen als arm zu definieren, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sei von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsland, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“. Armutsgefährdet ist, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung zur Verfügung hat. Je nach Berechnungsmodus liegt diese Grenze zwischen 980 Euro (EVS 2008), 801 Euro (Mikrozensus 2009), 915 nach EU-SILC oder

925 Euro nach dem SOEP 2009. Diese Spannbreite zeigt: Es gibt keinen statistisch wissenschaftlich-objektiven Begriff von Armut.

Zweitens: Armut ist etwas anderes als bloße Einkommensarmut, die sich statistisch beziffern lässt. Wer arm ist, der ist ausgeschlossen von guter Bildung, guter Arbeit, bewohnt eine schlechtere Wohnung oder ist kränker und fühlt sich in der Gesellschaft nicht recht zu Hause. Armut hat damit zu tun, dass Mitmenschen in schlechteren Wohnungen leben müssen, schlechter bezahlte Arbeit haben, sich schlechter ernähren können, einen schlechteren Zugang zu Bildung haben. Armut wird in der Armutforschung in einem Lebenslagenkonzept gedeutet, in dem Armut nicht nur als Einkommensarmut verstanden wird, sondern als multifaktorielle Lebenslage, die durch Unterversorgung in zentralen, weil integrationssichernden und identitätsstiftenden gesellschaftlichen Handlungsfeldern gekennzeichnet ist. Diese unterschiedlichen Lebenslagen sind zu einem Großteil Folge von Einkommensarmut.

Drittens: Der indische Philosoph Amartya Sen hat ein Konzept entwickelt, das deutlich gemacht: Armut hat damit zu tun, wie Menschen sich verwirklichen und sich in die Gesellschaft einbringen können. Sen blickt also nicht nur auf die Lebenslage der Menschen, sondern auch auf die Menschen selber, die in diese Lage geraten sind. Armut ist dann nicht ein Mangel an Geld oder Gütern, sondern auch und vor allem ein Mangel an Verwirklichungschancen. Nicht was Menschen haben, entscheidet über Armut, sondern welche Möglichkeiten sie haben, sich in dieser Lage verwirklichen zu können. Dazu brauchen sie innere und äußere Verwirklichungschancen.

Viertens: Das Bundesverfassungsgericht hat auf einen weiteren Zugang zum Verständnis von Armut hingewiesen. Wer arm ist, der hat das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Weit davon entfernt, nur Bedürftige zu sein, die auf Versorgung und Tafeln warten, sind arme Menschen, Bürgerinnen und Bürger, die Rechte haben, doch daran gehindert werden, ihre Rechte wahrnehmen zu können. Arme Menschen sind nicht in erster Linie Opfer, sondern verhinderte Akteure. Die Mächtigen haben die Armen machtlos gemacht und halten ihnen ihr Recht vor. Deshalb werden Banken als systemisch bezeichnet und bekommen einen Rettungsschirm von Milliarden Steuergelder, während man die armen Menschen im Regen stehen lässt. Sie sind für unsere Gesellschaft nicht systemisch. Sie sind nur teure Kostgänger der Nation. Sie sind überflüssig.

Armut ist deshalb beides: Falsch verteilter Reichtum und falsch verteilte Macht. Wenn man Armut zuvörderst als Recht- und Machtlosigkeit versteht, dann ändert sich auch die Lösungsvorschläge: Während ein Defizit an Einkommen nach wirtschaftlichen Wachstum ruft, verlangt ein Defizit an Macht mehr Rechte und Selbstbestimmung. Wenn die Bunderegierung einen Regelsatz systematisch kleinrechnet, dann verletzt sie das Recht armer Menschen. Dass diese Regelsätze so dürftig ausfallen, ist das Ergebnis der politischen Ohnmacht der Armen. Die Deutungsmacht von Armut liegt in den Händen jener, die nicht von Armut betroffen sind. Die Bunderegierung bekämpft nicht die Armut von Menschen, sondern die Armen. Was hier passiert ist eine Verletzung der Menschenrechte. Die Menschenrechte werden verletzt, wenn man den armen Menschen fünf Euro zuwirft und sagt: Das muss reichen. Ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, von dem das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat, ist kein Gnadenbrot. Es wird auch nicht nach

Kassenlage gezahlt. Menschen die arm sind, sind Bürger mit Rechten und keine Bittsteller.

Arme Menschen sind zuvörderst Bürger, denen Grund- und Menschenrechte vorenthalten werden. Sich auf Rechte und Menschenrechte zu berufen, verleiht armen Menschen eine besondere Stärke. Sie sind nicht Menschen, die gefördert und gefordert werden müssen und denen man sagt, dass sie ein Leben ohne Bier und Alkohol führen mögen. Wer von Rechten spricht, die arme Menschen haben, der sagt auch, dass der Staat in Pflicht steht, diese Rechte zu gewährleisten.

Armut ist nicht durch einen Mangel an bürgerschaftlichem Engagement entstanden und kann deshalb auch nicht durch bürgerschaftliches Engagement beseitigt werden. Wer Armut bekämpfen will, der muss den Armen Recht verschaffen. Genauso so spricht auch die Bibel über Armut, wenn sie im Psalm 72 über den guten König und die gute Herrschaft sagt: „Er schaffe Recht den Elenden des Volkes, helfe den Armen und zermalme den Unterdrücker.“ (Ps 72, 4)

Dieser vier Definitionen zeigen vier verschiedene Lösungen des Armutsproblems:

- Wer Armut als Einkommensarmut versteht, der wir die Lösung des Armutsproblems darin sehen, das Wachstum anzukurbeln, um mit mehr Wachstum auch mehr Arbeitsplätze schaffen zu könne, auf denen Arme Beschäftigung finden.
- Wer Armut nach dem Lebenslagenkonzept erklärt, der wird in die öffentliche Infrastruktur, in Schulen, Bildung, Wohnungen und in der Arbeitsmarkt investieren.
- Wer Armut mit A. Sen als Mangel an Verwirklichungschancen versteht, für den besteht die Lösung des Armutsproblems im Zugang zu Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, ein verlässliches soziales Netz und gesellschaftliche Mitsprache. in die soziale Gerechtigkeit investieren.
- Wer Armut als Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten versteht, der wird in der Durchsetzung von Menschenrechten die Lösung des Armutsproblems sehen.

3. Diese Schiefverteilung ist kein Naturereignis, sondern Armut ist gemacht und hat strukturelle und politische Ursachen: Deregulierung, Hartz IV und die Schwächung der Gewerkschaften.

Armut ist kein Naturereignis. Bis Mitte der 70er Jahre wurde Armut nach und nach verdrängt und nahezu beseitigt. Doch jetzt kehrt die überwunden geglaubte Armut zurück.

Die Schiefverteilung von Armut mitten im Reichtum hat strukturelle und politische Ursachen. Drei Ursachen können benannt werden: Die Deregulierungspolitik, die Sozialreformen und die Schwächung der Gewerkschaften.

Die erste Ursache ist die *Deregulierungspolitik* der letzten drei Jahrzehnte, die von dem Versprechen begleitet wurde, dass die Selbstheilungskräfte des Marktes das beste Steuerungsinstrument für die gesellschaftliche Entwicklung seien. Zwei Jahrzehnte lang hieß es, dass Wirtschaft, Politik und Gesellschaft am besten gedeihen, wenn Märkte und Unternehmen in Ruhe gelassen werden, dass die Politik nicht die Lösung sondern das Problem ist, dass es zu freien Märkten keine Alternative gäbe. Der Staat wurde nach dem Motto „Mehr Markt, weniger Staat“ systematisch geschwächt. Deshalb wurden nicht allein die Finanzmärkte sondern auch die Arbeitsmärkte dereguliert. Die Deregulierung von Erwerbsarbeit hat zu einer Pluralisierung von Erwerbsarbeit geführt und zuvor bestehende sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse entrechtet und sozial entschert hat. Seit Hartz IV gibt es einen Aufschwung von Minijobs, Midijobs, Leih- und Zeitarbeit, befristeter Beschäftigung, 1-Euro-Jobs und Bürgerarbeit. So stehen zunehmend mehr Beschäftigte in vielfältigen Formen niedrig entlohnter, sozial entrechteter und weniger abgesicherten Arbeitsverhältnissen.

Die zweite Ursache sind die *Sozialreformen*. Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze haben die Ungleichheit in der unteren Einkommensschicht verschärft. Denn das Arbeitslosengeld II drückt die Mehrheit der früheren Bezieher und Bezieherinnen von Arbeitslosenhilfe an bzw. unter die Armutsschwelle. Der Staat hat sich dem Druck bürgerlicher Eliten gebeugt, indem er die solidarischen, an die Erwerbsarbeit gekoppelten und umlagefinanzierten Sicherungssysteme demontierte und mit gleichzeitigen Appellen an die private Vorsorge deren Sicherungsniveau absenkte.

Hartz IV erhebt den Anspruch, das soziokulturelle Existenzminimum der Menschen zu sichern. Doch Hartz IV reicht nicht zum Leben. Das Existenzminimum wurde unter Negierung der bisherigen statistischen Erkenntnisse über notwendige Lebenshaltungskosten unter das Sozialhilfeniveau abgesenkt.

Parallel zum Reformprozess wurde der Gerechtigkeitsbegriff umprogrammiert. Verteilungsgerechtigkeit wurde als unmodern verabschiedet. Modern war die Chancengerechtigkeit. Der frühere Ministerpräsident des Landes NRW und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück erläutert:

„Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für diejenigen zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: Die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum: die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die - und nur um die - muss sich Politik kümmern.“

Es fällt auf, dass Steinbrück mit Gerechtigkeit eine Politik legitimieren will, die nur noch ein Interesse an denen hat, die für die Gesellschaft produktiv und nützlich sind: die Arbeitsplätze schaffen, Kinder erziehen, die sich bilden, genau für einen Job ausbilden. Nicht alle sollen eine Chance bekommen, sondern nur jene, die etwas für die Gesellschaft tun. Es zählt nur, wer den Standort Deutschland stärkt. Wer den Standort nicht stärkt, dem schuldet die Gesellschaft nichts mehr! Um die anderen braucht sich Politik nicht mehr zu kümmern.

Die dritte Ursache ist die *Schwächung der Gewerkschaften*. Erst wenn die Gewerkschaften wieder über Tarifverträge eine faire Verteilung des Sozialproduktes errei-

chen können, wird es eine faire Verteilung der Kapitaleinkommen am gesamten Volkeinkommen und der Arbeitseinkommen geben können. Der Vormarsch des zügellosen Kapitalismus hat auf dem Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen: Nach neuen Untersuchungen arbeitet jeder sechste Vollzeitbeschäftigte als Niedriglöhner. Hartz IV hat den Druck erhöht, jede Arbeit um jeden Preis zu übernehmen. Die Bruttoverdienste pro Beschäftigtem sind zwischen 2000 und 2010 real um vier Prozent gesunken und sind weit hinter den Gewinn- und Kapitaleinkommen zurückgeblieben. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen legten zwischen 2000 und 2010 um nominal 45 Prozent zu. Die OECS hat 2010 festgestellt: „Die steigende Ungleichheit ist arbeitsmarktinduziert. Einerseits nahm die Spreizung der Löhne und Gehälter sei 1995 drastisch zu. Andererseits erhöhten sich die Haushalte ohne jedes Erwerbseinkommen auf 19% - den höchsten Wert innerhalb der EZ.“ Die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen, während die Nettolohnsumme von sich die auf dem Niveau des Jahres 2000 befindet. In allerjüngster Zeit haben sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wieder von dem scharfen Rückgang in der Krise erholt. Auch die Nettolöhne haben in der Summe real zugelegt – allerdings nur deshalb, weil das Beschäftigungsvolumen wieder ausgeweitet wurde. Nach jüngsten SOEP-Daten sind die Einkommen der Haushalte mit höheren Einkommen in überdurchschnittlichem Maße gestiegen; besonders das Zehntel aller Haushalte am oberen Ende der Einkommensskala konnte die Einkünfte vermehren. Das aber bedeutet: Das Sozialprodukt ist zu den Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie hin zu den einkommensstarken Haushalten umverteilt worden.

4. Die Gerechtigkeitskrise und die Finanzkrise sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Der Finanzmarktkapitalismus richtet sich allein auf die maximale Geldvermehrung aus; er setzt den Sozialstaat, die Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck.

Die Finanzkrise wird von der politischen Klasse abgesagt. Doch die Krise hat sich nur verlagert. Während die Finanzmärkte sich wieder auf *business as usual* einstellen, sollen die Bevölkerung und besonders die Armen mit Sparpaketen bezahlen, was das Finanzdesaster an Löchern in die Öffentlichen Haushalte gerissen hat. Es wäre interessant neben die „Schuldenuhr“ eine „Reichtumsuhr“ zu stellen, die den Zuwachs an Geldvermögen in Deutschland in jeder Sekunde misst. Der Betrachter würde vermutlich staunen, dass die Reichtumsuhr erheblich schneller laufen würde. Der private Reichtum ist um das zweieinhalbfache der öffentlichen Schulden angestiegen. Nach einer DIW-Studie aus diesem Jahr stiegen die privaten Nettovermögen von 1991 bis 2009 um 99 Prozent auf unvorstellbare 7,3 Billionen Euro.

„Es darf nicht mehr sein, dass die Banken und die Bänker die Kiste gegen die Wand fahren und dann den Steuerzahler aufräumen lassen. Wir brauchen Regeln, damit der Staat nie wieder von den Banken erpresst werden kann.“ So hat die Bundeskanzlerin Merkel auf die Finanzkrise reagiert. Sie gibt zu, erpresst worden zu sein und konstatiert eine Übermacht der Finanzmärkte und die eigene Ohnmacht. Vollmundig hatte noch zehn Jahre zuvor der Chef der Deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer auf dem World Economic Forum in Davos den versammelten Regierungschefs und Konzernchefs angedroht, dass die Finanzmärkte die Politik unter Druck setzen: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr

sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Dies bedeutet nichts anderes als dass die Banken die demokratisch gewählten Regierungen beugen und zu einer Politik der Anpassung an die Interessen der Finanzmärkte zwingen.

Finanzmarktkapitalismus ist die Bezeichnung für diese besondere Entwicklungsform des Kapitalismus. Eigentliches Steuerungszentrum des Finanzmarktkapitalismus sind Aktienmärkte, auf denen mit fiktivem Kapital gehandelt wird. Die Unternehmen sind eine Kapitalanlage in den Händen der Aktionäre. Folglich bedienen die Manager ausschließlich die Interessen der Aktionäre und die Politik die Vermögensbesitzer. Während die Eigenkapitalrendite trotz Krise bei 16, 18 oder gar 25 % fixiert ist, werden die flexibel Beschäftigten zu einer Manövriermasse, deren „Aussteuerung“ der Absicherung des Gewinnziels dienen soll.

Wenn die Finanzmärkte und die Politik sich auf die maximale Geldvermehrung ausrichten, setzen sie den Sozialstaat und auch die Arbeitsbedingungen in den Betrieben unter Druck. Das wachsende Geldvermögen braucht immer neue Anlagemöglichkeiten: In den privatisierten Wirtschaftssektoren wie Post, Gesundheitswesen, Bahn, Energie, Wasser. War früher der Abbau von Beschäftigung nur dann möglich, wenn ein Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, so sprechen die Unternehmen heute in einem Atemzug von Entlassungen und Gewinnsteigerungen.

Es geht nicht um einzelne Bänker, die zu gierig gewesen sind, sondern um ein ganzes System, das ums Goldene Kalb tanzt. Nach einer im Januar 2009 vom DIW veröffentlichten Studie hat die Vermögensumverteilung von unten und von der Mitte nach oben in den letzten Jahren beschleunigt stattgefunden. Dieser Studie zufolge besaß das reichste eine Prozent der Bevölkerung 23 Prozent des Vermögens in Deutschland während die untere Hälfte der Bevölkerung keinerlei Vermögen und die 10 Prozent ausschließlich Schulden besaßen. Die OECD hat in ihrem Bericht aus dem Jahr 2010 bestätigt: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land.“

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Gerechtigkeitskrise sind die beiden Seiten der gleichen Medaille. Armut, Arbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitswelt gehören zum funktionierenden Finanzmarktkapitalismus wie das Wasser zum Duschen. Armut ist kein sozialer Kollateralschaden, sondern politisch gewollt und ökonomisch gemacht. Deshalb ist es nötig, Armut und Ausgrenzung als Folge einer neo-liberalen Wirtschaftspolitik zu erfassen und die Kosten genauso zu berechnen wie in der Umweltpolitik den CO₂-Ausstoß.

5. Diakonie und Kirche dürfen sich nicht auf den Samariterdienst beschränken, sondern sie müssen in der Not helfen und arme Menschen aus der Not heraus helfen. Deshalb müssen sie politischer werden und zu einer Gerechtigkeitsbewegung werden.

Fragen wir einmal direkt: Welche Kirche, welche Diakonie braucht Gott für unser Land? Dient sie der Heilung und dem Heil dieser Gesellschaft, die durch soziale Entsicherung und Finanzkrise doppelt verwundet wurde? Reicht es, die Wunden zu verbinden und Tafeln zu organisieren? Barmherzigkeit ist für Christen zweifelsfrei eine zentrale Sache. Das können wir am Beispiel des barmherzigen Samariters lernen.

Aber es ist nicht damit getan, dass der unter die Räuber Gefallene wieder auf die Beine kommt. Was ist, wenn er den Weg von Jericho nach Jerusalem wieder zurückgeht und abermals unter die Räuber fällt? Es kommt darauf an, die Strukturen der Räuberei auszuhebeln. Das ist eine politische Aufgabe. Das Engagement einer samaritanischen Kirche, die sozialstaatlichen Defizite durch Werke der Barmherzigkeit nur auffüllen würde, wird zwar als innovatives Element einer aktiven Bürgergesellschaft gefeiert, ermöglicht aber erst den Abbau von Sozialstaat und sozialen Rechten. Sie will in der Not helfen, gerät aber dabei in eine Barmherzigkeitsfalle und begleitet den sozialpolitischen Rückschritt von der Armutsbekämpfung zur Armenfürsorge.

Was zu tun ist, wenn den Armen aufgeholfen werden soll, steht nach Lukas 16 im Gleichnis vom armen Lazarus. Jesus legt Abraham die Antwort auf die Frage in den Mund, was bei Armut und Reichtum zu tun sei: Sie sollen auf „Mose und den Propheten“ hören. Auch wir leben wieder in einer Lazarusgesellschaft. Was bekommen wir zu hören, wenn wir auf Mose und die Propheten hören?

Mose meint die Sozialgesetze, Propheten sind die Männer und Frauen, die diese Sozialgesetze für ihre Zeit so ausgelegt haben, dass sie ein Wort Gottes für die Zeit sind. Bei den Sozialgesetzen geht es darum, den Willen Gottes in verbindliche Regeln der Gerechtigkeit umzusetzen. Der Arme soll nicht um Barmherzigkeit betteln und für die Barmherzigkeit dankbar sein, sondern er hat ein Recht darauf, dass er zu seinem Recht kommt. Wer arm ist, der ist nach der Bibel jemand, der um sein Recht auf Teilhabe gebracht worden ist. Dieser Rechtsanspruch ist es, der den biblischen Umgang mit Armut kennzeichnet. „Doch Arme wird es bei dir nicht geben“ (Dtn 15,4). Dies ist die Überschrift über der gerechten Sozialordnung Israels in der Bibel. Grundüberzeugung der Bibel ist, nicht die Reichen und Mächtigen um offene Hände der Barmherzigkeit zu bitten, sondern die Armen mit Rechten auszustatten.

Auf Mose und die Propheten heute zu hören, heißt Unrecht beim Namen nennen, sich anwaltschaftlich für die Interessen der Armen einmischen und für eine gerechte Sozialordnung einzutreten. Auf Mose und die Propheten zu hören, heißt barmherzig die Armen in den Blick nehmen und für deren Recht und Gerechtigkeit einzutreten. Da die Armut der vielen und der Reichtum der wenigen politisch gemacht und nicht durch das Fehlen von Barmherzigkeit entstanden ist, kann diese Ungleichheit auch nicht durch Werke der Barmherzigkeit bekämpft werden. Diakonische Arbeit ist dann nicht eine Dienstleistung für die Armen sondern Teil einer Gerechtigkeitsbewegung, die für das Recht arm gemachter Menschen eintritt. Diakonie soll also nicht für die Armen das sein, sondern mit ihnen für deren Recht eintreten. In der schottischen Erwerbslosenbewegung gibt dazu das Motto: Wer etwas für die Armen und ohne sie tut, der handelt gegen die Armen.

6. Auswege aus der Krise: Wer Armut mitten im Reichtum überwinden will, der muss den Finanzmarktkapitalismus überwinden.

Die Krise bietet eine historische Chance, einen entfesselten Kapitalismus durch den Sozialstaat reformpolitisch zu zivilisieren. Es müssen deshalb die zivilgesellschaftlichen Kräfte gestärkt werden, damit eine demokratische Aneignung des Finanzmarktkapitalismus organisiert werden kann. Der Sozialstaat ist ein Staat, der gesell-

schaftliche Risiken für die der Einzelne nicht verantwortlich ist, nicht bei diesem ablädt. Eine moderne Sozialpolitik sorgt dafür, dass der Mensch Bürger sein kann. Sie gibt ihm Grundsicherung und Grundsicherheit. Seine Freiheitsrechte, seine politischen Rechte brauchen ein Fundament, auf dem sie sich entfalten können.

In der Präambel der schweizerischen Verfassung aus dem Jahr 1999 steht ein wunderbarer Satz: „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.“ Das ist nicht nur ein wunderbarer, sondern auch ein mutiger Satz, weil diese Stärke gern an ganz anderen Faktoren bemessen wird. Die einen messen die Stärke am Bruttosozialprodukt und am Exportüberschuss, die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Zu wenige reden vom starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungleichheit zu beheben, etwas gegen die Langzeitarbeitslosigkeit zu tun und die Sozial- und die Bildungspolitik miteinander zu verknüpfen. Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.

Um aus der Krise sozial gerecht und ökonomisch effizient heraus zu kommen, wäre es notwendig, eine Armutspolitik mit folgenden Inhalten zu organisieren:

1. Der Sozialstaat muss vor Armut schützen und Mindestsicherungselemente enthalten: bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze für Erwachsene, Kinder und Jugendliche sind seit Einführung der Hartz IV-Gesetze überfällig, Kindergrundsicherung, Mindestlöhne, Mindestrente;
2. Das Bildungssystem muss den sozialen Aufstieg unabhängig von sozialer Herkunft gewährleisten;
3. Ein progressiver Steuersatz mit hoher Steuerquote;
4. Existenzsichernde Jobs und Eindämmung des Niedriglohnssektors;
5. Vereinbarkeit für Eltern von Arbeit und Familie;
6. Weiterqualifizierung der Personengruppen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind;
7. Bezahlbare Wohnungen.

Genau jene Länder, die in den sieben Punkten die besten Ergebnisse erzielen, haben auch die geringsten Armutsraten in Europa: Dänemark, Finnland, Schweden, Niederlande. Wer also Armut nachhaltig bekämpfen will, der muss sein Sozialsystem auf den Prüfstand dieser sieben Indikatoren stellen.

Die Wirtschaftskrise ist eine Zeit für die Renaissance des Sozialstaates. Der Sozialstaat gehört zum Kostbarsten, was diese Republik geschaffen hat. Der Sozialstaat ist das Dach, das Menschen vor den Stürmen und dem Hagelschlag des Kapitalismus schützt. Damit verträgt es sich nicht, wenn immer mehr Menschen ausgegrenzt werden, wenn die deutsche Gesellschaft wieder zur Klassengesellschaft wird, wenn eine steigende Zahl von Kindern in Armut aufwächst. Dies verlangt auch, den Sozialstaat so zu pflegen, dass er den Stürmen standhält, keinen Regen durchlässt und schützt.

Gegen Armut und Ausgrenzung vorzugehen und die Armen der Gemeinde zu versorgen, gehört zu den zentralen Aufgaben der Kommune. Über die zentralen Steuerungsprinzipien des Sozialstaats - Recht und Geld - hinaus hat sie im Rahmen kollektiver Daseinsvorsorge die Aufgabe, Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und

das Aufwachsen und Hineinwachsen von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft sicher zu stellen. Das Dilemma kommunaler Sozialpolitik ist, dass sie auf der einen Seite die entscheidenden Voraussetzungen sozialer Vergemeinschaftung bietet, auf der anderen Seite diese soziale Vergemeinschaftung nicht mehr ohne Unterstützung durch Bund und Land sicherstellen kann. Wir brauchen also in der Armutsdebatte einen Bedeutungswandel in der Einschätzung der Kommune als einem zentralen Ort der Armutsbekämpfung und der Armutsprävention. Gerade, wenn wir von dem in der Armutsforschung sich durchgesetzten Lebenslagenkonzept ausgehen, in dem Armut nicht nur als Einkommensarmut verstanden wird, sondern als multifaktorielle Lebenslage, die durch Unterversorgung in zentralen, weil integrationsstiftenden und identitätsstiftenden gesellschaftlichen Handlungsfeldern gekennzeichnet ist, wird die Kommune als Ort der sozialen Integration und Identitätssicherung immer bedeutender. Es kommt deshalb gerade im Kontext kommunaler Sozialpolitik darauf an, konkrete Teilhabemöglichkeiten und Interaktionen zu schaffen, die auf gegenseitiger Anerkennung und Respekt beruhen und die damit zu einer gewissen "Entstigmatisierung" durch bewussten Einbezug der armen Bevölkerungsgruppen in das öffentliche Leben beizutragen.

Unter diesen Voraussetzungen muss kommunale Politik folgende Aufgaben erfüllen können:

- Sicherung und Verbesserung der sozialräumlichen Rahmenbedingungen des Aufwachsens und Lebens (Wohnverhältnisse, Wohnumfeldbedingungen, Zugang zu öffentlichen Räumen, Herstellung von Infrastruktur);
- Institutionelle Sicherung und Verbesserung der sozialpädagogischen Maßnahmen und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe;
- Unterstützung der Eltern in ihren Bemühungen, ihren Kindern (in Armut und trotz Armut) geeignete Rahmenbedingungen von Erziehung und Bildung zu ermöglichen. Gerade zur Verhinderung von Kinderarmut ist es wichtig, die Familien zu stärken, die in Armut leben; denn Kinderarmut ist Familienarmut. Deshalb müssen gerade auch auf kommunaler Ebene Bemühungen greifen, die die Eltern stärker integrieren.
- Verbesserung und Sicherung der Teilhabechancen einer armen Bevölkerung im öffentlichen Leben, an Mobilität, an öffentlichen Diskursen.

Was brauchen Kommunen dafür an Unterstützung?

- Statt immer nur vermeintlich gezielte Hilfen für arme Menschen anzubieten, brauchen wir eine flächendeckende institutionelle Bereitstellung der notwendigen Leistungen an bzw. in den Orten, in denen die Kinder zumindest ab dem Erreichen der Schulpflicht definitiv sind und sein müssen, also den Schulen und Kindertageseinrichtungen. Wenn Schulleiter ein ausreichendes Budget für die Arbeit mit den Kindern haben werden sie einen entsprechenden Nachhilfeunterricht oder Musikunterricht an und in die Schulen organisieren – übrigens auch die einzige Möglichkeit, die Problematik der Nicht-Aktivität der Eltern im Interesse der Kinder zu umgehen.
- Es geht bei der Förderung des Ehrenamtes weniger um Hilfen für benachteiligte Menschen als vielmehr darum, benachteiligte Menschen kompetent zu machen

und zu stärken, die sich für ihr Recht und das Gemeinwesen einsetzen wollen. Also nicht nur Tafeln organisieren, wo Lebensmittel verteilt werden und dadurch die Armen zu bloßen Empfänger macht, sondern sie zu Subjekten ihrer Lebenslage machen!

- Wenn Kinderarmut nicht nur Einkommensarmut der Familien, sondern auch Bildungsarmut und mangelnde Teilhabe ist, dann kommt der Vernetzung institutioneller Hilfs- und Unterstützungssysteme auf kommunaler Ebene besondere Bedeutung zu. Denn die Kommune ist der Ort, wo sich Integration konkret ereignet. Alle PISA-Studien zeigen, dass das Schulsystem in Bayern hochselektiv ist und gerade armen Kindern und ihre Herkunftsfamilien benachteiligt. Deshalb brauchen wir gute Schulen für alle - für arme und reiche Kinder zur Förderung ihrer Fähigkeiten.

Schlußbemerkung

Die Krise ist erst dann überwunden, wenn wieder Armut, prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in diesem reichen Land überwunden sind. Die entscheidende Frage lautet: Was lassen wir es uns als reiche Gesellschaft kosten, in einer Gesellschaft zu leben, die gezielt Verarmungsprozesse abbaut? Das kostet Geld, das die reiche Bundesrepublik besitzt. Eine Umverteilung von oben nach unten zum Zweck der sozialen Grundsicherung aller Bürgerinnen und Bürger und zur Herstellung annähernd gleicher Freiheitsrechte, Chancen und Lebensbedingungen ist kein Sozialklimbim, sondern demokratisches Recht, für das der Staat einzutreten hat. Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit. Deshalb kann man auch über Armut nur reden, wenn man über Reichtum nicht schweigt. Wen wir es nicht schaffen, den Reichtum des Landes zur wirksamen Bekämpfung der Armut der Mitbürger einzusetzen, sind wir arm dran. Das ist das zentrale Thema für ein armes reiches Rosenheimer Land.

Franz Segbers@online.de